

Zeitschrift: Gewerkschaftliche Rundschau für die Schweiz : Monatsschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes
Herausgeber: Schweizerischer Gewerkschaftsbund
Band: 33 (1941)
Heft: 5

Artikel: Arbeit, Rüstung und Lage der Gewerkschaften in USA
Autor: Hamburger, E.
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-353026>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 16.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Arbeit, Rüstung und Lage der Gewerkschaften in USA.

Von Dr. E. H a m b u r g e r, New York.

Im Dezember 1939 arbeiteten in den Vereinigten Staaten von Amerika an 49 Millionen Menschen, zu denen fast 3 Millionen traten, die durch die Works' Project Administration, die grossartige produktive Erwerbslosenfürsorge Roosevelts, Beschäftigung fanden. Wie hoch die Gesamtzahl der verfügbaren Arbeitskräfte ist (einschliesslich der Arbeitslosen), darüber ist eine absolute Gewissheit nicht zu erhalten, da um die Zuverlässigkeit der verschiedenen Erwerbslosenstatistiken ein heftiger Streit tobt. Gewerkschaftliche und industrielle Schätzungen gaben etwa 10 Millionen Arbeitsloser für 1939 und 8 Millionen für Ende 1940 an. Im Zusammenhang mit dem gewaltigen Rüstungsprogramm wurden zu Anfang dieses Jahres über die Aussichten für 1941 zuerst sehr optimistische Ziffern genannt, u. a. von William Green, dem Präsidenten der American Federation of Labor (AFL.), der grössten gewerkschaftlichen Spitzenorganisation, und Frances Perkins, der Staatssekretärin für Arbeit in Roosevelts Kabinett; beide rechneten damit, dass die Arbeitslosigkeit weitgehend zum Verschwinden gebracht werden würde. Dieses Urteil ist aber im Verlauf der nächsten Monate korrigiert worden, vor allem unter Berücksichtigung der Anlaufzeit für die Durchführung des vollen Rüstungsprogramms; auch wird erwartet, dass neben dem normalen Zuwachs von 400,000 bis 500,000 Stellensuchenden auf dem Arbeitsmarkt infolge der Zeitumstände ein weiteres aussergewöhnliches Angebot sich bemerkbar machen würde. Mit dem abermaligen Verschwinden von 2 bis 3 Millionen Arbeitsloser wird aber in jedem Fall gerechnet.

Beachtliche Stimmen erheben sich indessen seit Jahren, um zu erklären, dass die Schätzungen der Erwerbslosenziffer weit übertrieben seien. Dafür spricht die Tatsache, dass die Beschäftigtenzahl im Dezember 1939 höher war als auf dem Gipfel der Konjunktur 10 Jahre zuvor, ungerechnet die in der produktiven Erwerbslosenfürsorge Tätigen. Eine ausserhalb der Gewerkschaften, der Industrie und der Works' Project Administration vorgenommene Zählung des Zensus-Bureaus kommt auf 3,9 Millionen für Dezember 1939; zusammen mit den in der produktiven Erwerbslosenfürsorge beschäftigten Arbeitnehmern würde man auf weniger als 7 Millionen kommen, gegen 10,5 Millionen, die von der zweiten grossen gewerkschaftlichen Spitzenorganisation, dem Congress for Industrial Organisation (CIO.) für den gleichen Zeitraum berechnet werden, oder gegen 9,2 Millionen nach den Schätzungen der Works' Project Administration und des Gewerk-

schaftsbundes. Dass die Arbeitslosigkeit im Jahre 1940 um rund 2 Millionen abgenommen hat, darüber besteht Einigkeit.

Damit würde man also bereits für das laufende Jahr nicht nur auf die in der produktiven Erwerbslosenfürsorge Beschäftigten zurückgreifen müssen, um den aus dem Rüstungsprogramm sich ergebenden neuen Bedarf auf dem Arbeitsmarkt zu decken, sondern in bestimmten Berufen wird bereits ein Mangel an Arbeitskräften zu erwarten sein; denn eine Zahl von mehreren 100,000 Erwerbslosen muss infolge des ständigen Fluktuierens auf dem Arbeitsmarkt in Abzug gebracht werden, und von den 3 Millionen Männern und Frauen in der produktiven Erwerbslosenfürsorge werden kaum mehr als zwei Drittel für die Einstellung in der Industrie in Frage kommen. Es ist bezeichnend, dass bereits Ende 1940 die ersten Klagen über Mangel an qualifizierten Arbeitskräften in einigen spezialisierten Berufen auftauchten und die üblichen Abhilfemassnahmen vorgeschlagen und diskutiert wurden. Auch in der Praxis ist im März bereits die erste Massnahme getroffen worden, um einem befürchteten Mangel vorzubeugen; es wird eine freiwillige Registrierung aller Arbeitskräfte durchgeführt, die ihrer Ausbildung nach für einen Zweig der Rüstungsindustrie in Frage kommen, aber zur Zeit beschäftigungslos sind oder in einem andern Sektor des Wirtschaftslebens arbeiten.

Die Behauptung, dass die gewöhnlich genannten Arbeitslosenzahlen zu hoch gegriffen seien, hat vieles für sich. Auch der soziale Aspekt des Landes spricht nicht dafür, dass ein so erheblicher Teil der Arbeiterbevölkerung beschäftigungslos ist. Originell sind die Erklärungen, die für die Hartnäckigkeit gegeben werden, mit der die angeblich falschen Zahlen so lange fast widerspruchslos lanciert werden konnten: Die Arbeitnehmer-Organisationen wären an ihnen interessiert, um eine Intensivierung der Sozialpolitik zu erreichen, die Verwaltung, um ihr soziales Lieblingskind, die Works' Project Administration, ungefährdet weiter ausbauen zu können, die Industriellen, um nachzuweisen, dass Roosevelts Wirtschafts- und Sozialpolitik ein Fehlschlag sei und den Arbeitsmarkt nicht entlastet habe. Jedenfalls sollte man nicht allzu erstaunt sein, wenn im Verlaufe von 1941 und noch stärker 1942 nicht das Problem der Arbeitslosigkeit, sondern die Frage der Beschaffung von Arbeitskräften für mehr und mehr kriegswichtige Erwerbszweige brennend wird; für die Verwaltung, die Industrie und die Gewerkschaften wird das die Lösung einer Reihe von Aufgaben notwendig machen, die gar nicht leicht sein wird.

*

Die gewerkschaftliche Tradition in den Vereinigten Staaten ist alt; sie reicht tief in das vorige Jahrhundert hinab, während in Amerika bekanntlich die politische Arbeiterbewegung noch viel zögernder als in den anderen angelsächsischen Ländern

der Gewerkschaftsbewegung folgt; sie hat hier bisher überhaupt nicht Form gewonnen. Aber organisatorisch waren auch die amerikanischen Gewerkschaften lange Zeit nur recht locker in der Arbeiterbevölkerung verwurzelt. Nach dem Auf und Ab der früheren Organisationsbestrebungen hat die 1881 in Pittsburg gegründete American Federation of Labor noch 10 Jahre lang heftige Kämpfe mit den alten «Knights of Labor» (Ritter der Arbeit) führen müssen, bis ihr Sieg unbestritten war. Erst nach der Jahrhundertwende überschritt sie die erste Million. 1907/08 brachte die Wirtschaftsdepression den ersten grossen Rückschlag und zugleich eine heftige Offensive der Unternehmer gegen die organisierten Arbeiter, die durch eine sozialreaktionäre Rechtsprechung des obersten Gerichtshofes unterstützt wurde. Nach Ueberwindung dieser Periode stieg die Zahl der Organisierten von neuem; infolge der Beschäftigung durch Rüstungsaufträge und Amerikas Eintritt in den Krieg nahm das Wachstum der Bewegung von 1916 an ein rascheres Tempo an. 1920 musterte die AFL. 4,1 Millionen; von da an pendelte sie entsprechend der wirtschaftlichen Unsicherheit mit einer Tendenz nach abwärts und fiel zur Zeit des wirtschaftlichen Krisentiefs Ende 1932 auf nur wenig mehr als 2 Millionen zurück. Die Gesetzgebung Roosevelts, dessen Amtszeit 1933 begann, brachte einen neuen schnellen Aufschwung, und bis 1936 war die Zahl der organisierten Arbeitnehmer wieder auf 3,4 Millionen hinaufgeschneit.

Da trat die neue Spaltung ein, ein Teil der Gewerkschaften verliess 1936 die AFL. und schloss sich zum Congress for Industrial Organisation (Kongress für industrielle Organisation) zusammen. Der Verlust wurde indessen schnell wettgemacht; das Anwachsen der Prosperität vor allem in den letzten zwei Jahren und die weitere Entwicklung der auf der Mitwirkung der Gewerkschaften aufgebauten Sozialpolitik brachte für Oktober 1940 einen neuen Rekord von 4,2 Millionen Mitgliedern. Aber auch die CIO., die mit der Parole der Organisation der Unorganisierten auf ihrem ersten Kongress in Atlantic City 1937 vor die Oeffentlichkeit trat, vermochte ihren Bestand schnell zu vermehren; sie behauptete im November, 4 Millionen Mitglieder zu zählen; diese Schätzung mag übertrieben sein und sie dürfte hinter der AFL. wohl um mehrere hunderttausend Mitglieder zurückstehen; jedenfalls aber kann sich die CIO. an Einfluss und Grösse mit der AFL. messen.

Das Charakteristische dieser Gesamtentwicklung ist eine starke, nervöse Abhängigkeit der Gewerkschaftsbewegung von der jeweiligen Wirtschaftslage und eine ununterbrochene kräftige Aufwärtsbewegung in den letzten acht Jahren. Die Aufgaben und die Bedeutung der Gewerkschaften sind beträchtlich gewachsen. Die Durchbrechung der individuellen Wirtschaftsauffassung und -organisation durch Präsident Roosevelts Politik hat dazu entscheidend beigetragen. Eine Zahl von zusammen rund 8 Millionen Or-

ganisierter, zu denen auch in der jüngsten Zeit weiter Monat für Monat Zehntausende neuer Mitglieder gestossen sind, ist früher auch nicht annähernd je erreicht worden; die Zahl hat sich seit 1933 fast vervierfacht, gegen den alten Höchststand von 1920 verdoppelt. Dass ein so starker Zuwachs frischer Mitglieder nicht nur Genugtuung über diesen Organisationserfolg, sondern auch Sorgen und Gefahren mit sich bringt, braucht in einer gewerkschaftlichen Zeitschrift nicht erst auseinandergesetzt zu werden. Berechnet man andererseits den Prozentsatz der Organisierten, so ermittelt man, dass wenig mehr als der 6. Teil der Arbeiter in der Gewerkschaft ist. Verglichen mit England mit 24 Prozent und Schweden mit 35 Prozent Organisierter, hat also Amerika seine Organisationsmöglichkeiten noch lange nicht ausgeschöpft. Das brennende Problem des Tages aber stellt das Nebeneinander von zwei gewerkschaftlichen Spitzenorganisationen von annähernd gleicher Stärke dar, die sich erbittert bekämpfen und deren Rivalität nicht nur die Arbeiterbewegung schädigt, sondern auch der amerikanischen Demokratie nachteilig ist.

*

Organisatorisch ist der Kampf zwischen AFL. und CIO. die bekannte Auseinandersetzung zwischen Berufsverband und Industrieverband. Tendenzmässig ist er ein Zusammenstoss einer reformistischen und einer radikalen Richtung. Politisch ringt der Gedanke der Unabhängigkeit der Gewerkschaften von den politischen Parteien und der Verwaltung gegen das Bemühen, Gewerkschaftspolitik und allgemeine Politik zu verkoppeln. Auf allen drei Gebieten vertritt die alte amerikanische Spitzenorganisation der Gewerkschaften ähnliche Tendenzen, die sich auch in der schweizerischen Gewerkschaftsbewegung durchgesetzt haben, während die CIO. am entgegengesetzten Strang zieht.

In diesem Kampfe hat die AFL. die grössere Zahl, die jahrzehntealte Tradition und die Tatsache für sich, dass sie überall hochqualifizierte Spezialarbeiter zu organisieren vermochte. Sie fügt sich auch in das Bild des bekannten amerikanischen Lebens ein, sie geht den « American Way », den amerikanischen Weg. Die CIO. kann für sich buchen, dass sie grosse Arbeitermassen in den Massengüter-Industrien, vor allem in Kohle und Eisen zu organisieren verstanden hat; das wird um so bedeutsamer, als dies gleichzeitig die kriegswichtigen Industrien sind. Ihre Führung entfaltet Initiative, Stosskraft, Rücksichtslosigkeit. Wenig gehemmt durch bureaukratische Rücksichten, nutzt sie vielfach skrupellos die Ströme einer schnell wechselnden öffentlichen Meinung für ihre Ziele aus. Alle Bemühungen, die bei den grossen und starken Organisationen wieder zu einem gemeinsamen Körper zu verschmelzen, sind ebenso gescheitert wie der Versuch, einen Friedenszustand zwischen ihnen herbeizuführen. Der politische und gewerkschaftliche Gegensatz erscheint im Augenblick unüber-

brückbar. Der Kampf zwischen ihnen aber wirkt auf die soziale Gesamtsituation dadurch zurück, dass er vor allem auf dem Gebiet der sogenannten Jurisdiktion ausgetragen wird, das heisst um die Frage geht, welche der beiden Gewerkschaften in jedem Falle als die den Tarifvertrag abschliessende Organisation gelten solle. Dieser jurisdiktionelle Streit wird zuweilen in Form des Streiks ausgetragen mit der grotesken Wirkung, dass ein Betrieb von Mitgliedern der einen Gewerkschaftsgruppe bestreikt wird, weil sie die feindliche Gewerkschaft als Repräsentantin der Arbeiterinteressen nicht anzuerkennen bereit ist; Streikpostenketten sorgen dafür, diese der Arbeiterbewegung abträgliche Tatsache nach aussen zu plakatieren und dadurch in der öffentlichen Meinung zur vollen Auswirkung kommen zu lassen. Wenn die beiden Gewerkschaftsspitzenverbände sich nicht darauf einigen, dass der Streit um die Jurisdiktion ausnahmslos durch Urabstimmung im Betriebe entschieden wird (wofür das Gesetz über Arbeitsverhältnisse die Möglichkeit bietet), so werden ernste Folgen nicht ausbleiben, so zahlenmässig begrenzt die unerwünschten Erscheinungen auch sein mögen. Der Anspruch der CIO. auf ein Organisationsmonopol in grossen Teilen der Schwerindustrie, in der Hunderttausende von Spezialarbeitern in der AFL. organisiert sind, führt immer wieder zu neuen heftigen Konflikten.

Empfindlicher noch reagiert die öffentliche Meinung auf Streiks in der Rüstungsindustrie, bei denen zumeist eine CIO.-Gewerkschaft die treibende Kraft ist. Das erklärt sich aus ihrer schon erwähnten Stärke in diesen Industrien, und da der Congress for Industrial Organisation seine Hauptstütze bei den Bergarbeitern, den Metallarbeitern und den Arbeitern der Automobilindustrie hat, so ist es an sich verständlich, dass er den industriellen Aufschwung, den die Produktion für die Landesverteidigung herbeigeführt hat, zu einer Stärkung seiner angeschlossenen Verbände ausnutzen möchte. Die zahlenmässige Bedeutung dieser Streiks ist, bisher wenigstens, nicht erschreckend. Gegen übertriebene Behauptungen dieser Art haben sich nicht nur die Gewerkschaften, sondern auch Roosevelt selbst und die Staatssekretärin Perkins mit beweiskräftigen Ziffern gewandt. Aus ihnen geht hervor, dass 1940 die Zahl der Streiks geringer war als im Jahre zuvor und nur halb so gross als 1937, dass die Zahl der an Streiks beteiligten Arbeiter 1940 die Hälfte von 1939 ausmachte und dass die Zahl der verlorenen Arbeitstage ein Drittel der Vorjahrsziffer betrug. Gerade in der Rüstungsindustrie sind die Streiks noch stärker zurückgegangen, als diese Ziffern erkennen lassen: von 241 Arbeitskonflikten in der zweiten Hälfte 1940 haben nur wenige zu einer wirklichen Arbeitseinstellung in rüstungswichtigen Betrieben geführt, und nur $\frac{1}{4}$ Prozent der insgesamt 1940 geleisteten Tagewerke sind durch Streiks verlorengegangen. Aber keine noch so beweiskräftige Statistik schützt die Arbeiterschaft vor den Konsequenzen der auch nur vereinzelt Benützung eines Kampfmittels,

das in Widerspruch zu der von der gewaltigen Mehrheit der Amerikaner und nicht zuletzt von der Arbeiterschaft getragenen Politik der Rüstungshilfe für die angegriffenen Nationen, vor allem für England, steht.

Die AFL. hat dies in vollem Umfange erkannt, während die Haltung der CIO. zweideutig ist. Als Roosevelt Ende des vorigen Jahres das Office for Production Management schuf, das zum eigentlichen Rüstungsministerium geworden ist, ernannte er zu dessen Direktoren Knudsen, den früheren Präsidenten der General Motors Werke als Arbeitgeber-Vertreter, und Hillman, den Leiter der Damenbekleidungsarbeiter-Gewerkschaft, die mit $\frac{1}{4}$ Million Mitgliedern den CIO. angehört, als Arbeitnehmer-Vertreter. Der Präsident der Vereinigten Staaten hat damit frühzeitig den Weg der gleichberechtigten Heranziehung der Arbeiterschaft in der Organisation der Landesverteidigung beschritten, der in England erst mit der Betrauung Bevins mit dem Arbeitsministerium bei der Bildung des Kabinetts Churchill betreten worden ist. Gegen die Heranziehung von CIO.-Vertretern zur verantwortlichen Mitarbeit und gegen die Person Hillmans lässt sich nichts einwenden; seine demokratische Grundüberzeugung steht ausser Zweifel, und staatsmännische Fähigkeiten, gewerkschaftliche Erfahrung und wirtschaftspolitische Einsicht sind ihm nicht abzusprechen. Aber bisher hat sich die Uebergang der AFL. an dieser Stelle noch nicht dadurch gerechtfertigt, dass die Ernennung Hillmans eine besondere Werbekraft auf die CIO. ausgeübt hätte; im Gegenteil, John Lewis, der bis Ende 1940 als Präsident der CIO. amtiert hat, hat auf dem letzten Kongress Hillman scharf angegriffen und ihn unverhüllt aufgefordert, mit seiner Gewerkschaft zur AFL. zurückzukehren, wenn sein Herz ihn dahin triebe.

Misstrauen gegen die wahren Absichten einer gewissen Führungsschicht der CIO. ist durchaus am Platze. Lewis hat in den letzten Jahren eine Personalpolitik getrieben und inspiriert, die viele kommunistische oder mit den Kommunisten sympathisierende Funktionäre in leitende Stellen der CIO.-Gewerkschaften gebracht hat. Sein provokatorisches Eintreten für den Gegenkandidaten Roosevelts bei der Präsidentenwahl und der Einsatz des Apparates der CIO. hierfür hat ihn zum Rücktritt genötigt, nachdem die Arbeiter und ein Teil der Organisation ihm bei diesem Versuch die Gefolgschaft verweigert haben; sie wollten nicht dabei mithelfen, den Gegner einer gesunden und fortschrittlichen Wirtschafts- und Sozialpolitik in den Sattel zu heben, und verweigerten die Unterstützung einer Taktik, die mit scheinbar pfiffiger Demagogie beginnt und in die offene Förderung des totalitären Wahns ausmündet. Gewiss, der letzte CIO.-Kongress hat durch eine einstimmig beschlossene Absage an Berlin, Rom und Moskau bewiesen, dass er sich über die Stimmung in der grossen Masse der Arbeiterschaft klar ist, und wenn auch Lewis nach wie vor den mächtigen CIO.-

Bergarbeiter-Verband führt und damit eine der einflussreichsten Positionen beibehalten hat, so hält sich doch der jetzige Präsident der CIO., Murray, stärker zurück. Aber durch ihre Veranstaltungen und ihre Presse sorgt die CIO. selbst dafür, dass über die bei einem Teil ihrer führenden Mitglieder vorhandenen Stimmungen kein Zweifel sein kann; ihr linker Flügel scheut sich nicht, mit offenen oder verkappten Anhängern faschistischer oder kommunistischer Ideen in der Öffentlichkeit zusammenzuwirken.

*

Die Wiedervereinigung der Arbeitnehmer in einer einheitlichen Gewerkschaftsorganisation ist ein wichtiges Gebot der Gesamtpolitik der Vereinigten Staaten von Amerika. Der Gewerkschaftszwist bringt in der gegenwärtigen innerpolitischen und internationalen Lage so viele Nachteile mit sich, dass man die Gründe versteht, die auch ausserhalb der Gewerkschaften stehende Persönlichkeiten vom Präsidenten an veranlassen, zur Wiederherstellung der Gewerkschaftseinheit zu mahnen und sich darum zu bemühen. Natürlich wünscht auch die AFL. nichts Sehnlicher als die Geschlossenheit der gewerkschaftlich organisierten Arbeiterschaft. Aber das Problem ist nicht nur organisatorischer und gewerkschaftlicher Natur und wirft auch nicht nur Personenfragen auf: die Wiedervereinigung darf nicht durch Konzessionen an den Geist eines beträchtlichen Teils der CIO.-Führerschaft erkaufte werden, und solange dieser sich nicht grundlegend und aufrichtig wandelt, muss der Erfolg der Einigungsbestrebungen mit Skepsis beurteilt werden.

Bis dahin handelt es sich für die amerikanische Arbeiterschaft darum, wenigstens die grössten akuten Schwächen zu beseitigen, die aus der geschilderten Lage entspringen. Daran arbeitet die AFL. in dem vollen Bewusstsein der Verantwortung, die die Gewerkschaften als Mitträger des amerikanischen Gesellschaftsgebäudes seit Beginn der Ära Roosevelt zu tragen haben. Mit dem Ausbau des kollektiven Arbeitsrechts ändert sich die soziale Gesamtstruktur des Landes, und die Vereinigten Staaten sind in jener Uebergangsphase, in der sich aus den Widersprüchen zwischen einem auf den früheren Zuständen beruhenden Denken und Handeln und den neuen Anforderungen einer veränderten gesellschaftlichen Lage an die Einstellung der Menschen leicht destruktive Kräfte entwickeln können. Viele Umstände sprechen dafür, dass die amerikanische Demokratie dieser Herr werden und gleichzeitig die von ihr übernommene Aufgabe als Arsenal der Weltdemokratie lösen wird: der noch bei weitem nicht vollerschlossene gesellschaftliche Reichtum des Landes, der konstruktive Charakter der American Federation of Labor und die kluge und energische Führung, die die amerikanische Demokratie dieser Zeit in Präsident Roosevelt findet. Die amerikanischen Gewerkschaften arbeiten im Sinne einer solchen Entwicklung für die

Erhöhung der Produktivität und gegen jede Störung vor allem auf dem Gebiet der Rüstungsproduktion, für die Erhaltung der Errungenschaften der Rooseveltschen Sozialpolitik und für die Sicherung der Demokratie gegen totalitäre Weltherrschaftsansprüche durch bedingungslosen und führenden Einsatz zugunsten der solidarischen Aktion der angelsächsischen Staaten. In diesem Sinne standen sie auch in der vordersten Reihe des Kampfes für die Ermächtigung des Präsidenten auf dem Gebiet der Rüstungsproduktion und Rüstungshilfe, die der Kongress ihm Mitte März durch Gesetz bewilligt hat.

Der Forderung auf strikte Erhaltung und Innehaltung ihrer sozialen Rechte stellen die Arbeiter der AFL. ihre Bereitschaft gegenüber, auf das Mittel des Streiks in rüstungswichtigen Industrien freiwillig zu verzichten. William Green hat das Streikrecht als eines der Verfassungsrechte des amerikanischen Volkes bezeichnet, aber um den freiwilligen zeitweiligen Verzicht auf dieses Recht in der Rüstungsproduktion zu ermöglichen, einen Plan zur Schlichtung von Arbeitsstreitigkeiten in diesen Industrien selbst vorgelegt. Vertrauensmänner der Metall- und Bauarbeiterschaft der AFL., jede mit ihren vielen Hunderttausenden von Anhängern, haben gleichfalls mit Rücksicht auf die internationale Lage zu Beginn dieses Jahres den freiwilligen Streikverzicht mit dem Stichwort, dass «Arbeit nicht unterbrochen werden darf», proklamiert. Auch in diesen Beratungen wurde eine Ausdehnung der kollektiven Vereinbarungen zwischen Arbeitnehmern und Unternehmern als das beste Mittel zur Verhinderung von Unterbrechungen der Arbeit und zur Förderung der Produktion bezeichnet. Auf der anderen Seite wendet sich die AFL. auf das schärfste gegen jeden staatlichen Eingriff zur Beseitigung oder Beschränkung des Streikrechts und ebenso gegen die Schaffung eines Schlichtungsrechts, in dem eine staatliche Intervention vorgesehen wird. In der Abneigung gegen die Betätigung des Staates auf diesem Gebiet sind sich Arbeitgeber und Arbeitnehmer einig. Gegenwärtig sind die Bemühungen um die Schaffung eines Schlichtungsausschusses und um die Vermittlung bei Arbeitsstreitigkeiten in der Rüstungsindustrie unter Leitung Hillmans im Gange; es scheint, dass man auf ein besonderes Organ, unabhängig von dem Staatssekretariat für Arbeit wie von jeder anderen bestehenden staatlichen Amtsstelle, hinauskommen will, und wenn diese Zeilen im Druck vorliegen, so wird über seine Zusammensetzung, Organisation und sein Verfahren vermutlich schon Klarheit bestehen.

Es ist in den Vereinigten Staaten bisher gelungen, die Ausweitung der Produktion ohne nennenswerte Preissteigerung, die Aufrüstung ohne Beschränkung der Erzeugung von Konsumgütern durchzuführen und die vermehrte Arbeitsleistung ohne Mehrbeanspruchung der Arbeitskraft des Einzelnen zu ermöglichen. Daher ist der Wohlstand des Landes, das Lebensniveau der breiten Massen

und die Gesamthaltung der öffentlichen Meinung von der sich anbahnenden gewaltigen Umstellung bis jetzt kaum berührt. Aber erst im Verlauf dieses und des nächsten Jahres wird das Rüstungsprogramm sich in vollem Umfange auswirken und werden auch seine sozialen Konsequenzen voll übersehbar sein.

Neuordnung der Weltwirtschaft.

Von H. F e h l i n g e r.

In den letzten anderthalb Jahrzehnten ist die Wirtschaft der Welt immer grösseren Hemmungen unterworfen worden und immer tiefer in einen chaotischen Zustand geraten. Von einer wirtschaftlichen Arbeitsteilung der Nationen untereinander ist nicht mehr viel übrig geblieben. An die Stelle der Ausfuhr nach den günstigsten Märkten und der Einfuhr von den günstigsten Bezugsquellen ist die Bestimmung von Richtung, Umfang und Bedingungen des Handels durch Behörden getreten.

Die internationale Wirtschaftskonferenz von 1927 und die internationale Währungs- und Wirtschaftskonferenz von 1933, die abgehalten wurden als die Hemmungen der Weltwirtschaft noch nicht den Gipfelpunkt erreicht hatten, sind ergebnislos gewesen.

Versuche, den Wirtschaftsnöten auf anderer Basis als durch a l l g e m e i n e s Zusammenwirken zu begegnen, sind ebenfalls gemacht worden. Sie liefen hinaus auf die Bildung von Wirtschaftsblocks, das heisst auf gegenseitig wirtschaftliche Annäherung bestimmter Länder, sei es solcher, zwischen welchen auch enge politische Beziehungen bestehen, oder solcher, die voneinander politisch unabhängig sind. Das Ergebnis war die Handelsbegünstigung der an dem Block beteiligten Länder, während für die aussenstehenden um so grössere Nachteile entstanden.

Eine einigermaßen zuverlässige Prognose der künftigen Gestaltung der Weltwirtschaft kann noch nicht gestellt werden, denn die Lage ist noch zu undurchsichtig, doch ist die Möglichkeit gegeben, dass an dem Gedanken festgehalten werden wird, einander ergänzende Wirtschaften zu grössern Einheiten zusammenzufassen — also an dem Gedanken, der zum Entstehen von Wirtschaftsblocks geführt hat, dass aber versucht werden wird, die Verbindung der beteiligten Staaten e n g e r zu machen.

Bekannt ist die deutsche Absicht, die Länder des kontinentalen Europas mit Ausnahme von Russland zu einem grossen Wirtschaftsverband zu vereinigen, innerhalb dessen die in der deutschen Wirtschaft angewandten Methoden die Grundlage der Handelsbeziehungen bilden sollen. Das Entstehen anderer zwischenstaatlicher Wirtschaftsverbände ist nicht ausgeschlossen, sondern sogar wahrscheinlich, wenn die deutsche Absicht verwirklicht wird.